

Engpässe in der griechischen Militärdiktatur

Autor(en): **Kremos, Helen**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **65 (1971)**

Heft 4

PDF erstellt am: **21.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-141892>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern. Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

von der es keinen Rückzug mehr gibt. Ich weiß, daß sie nicht zufrieden sein werden, ehe sie mich ganz aus dem Leben gestoßen haben. Ich war das Opfer so vieler Rassenangriffe, daß ich mich nie wieder entspannen kann. Meine Reflexe werden sich nie wieder normalisieren . . .

Dies ist nicht der erste Mordversuch, den die Institution an mir begeht, es ist nur der zielstrebigste. Am Schluß jedes dieser Tage vor dem Prozeß durchforsche ich mein Inneres auf etwaige Veränderungen. Noch immer kann ich lächeln, nach zehn Jahren Klappmessern, Dietrichen, gesichtsloser, sadistischer Pigs*, nach sieben Jahren Einzelzelle. Ich lächle noch manchmal, aber wenn alles vorbei ist, bin ich vielleicht kein netter Mensch mehr. Soeben habe ich die siebenundsiebzigste Zigarette dieses Einundzwanzigstundentages angezündet. Ich werde mich jetzt für zwei bis drei Stunden hinlegen. Vielleicht kann ich schlafen . . .

Aus Dachau mit Liebe

George.»

Man wird vermutlich Angela Davis nicht umbringen. Selbst wenn sie zum Tode verurteilt wird, wird sie mit den siebenundsechzig übrigen Todeskandidaten auf die Hinrichtung nur warten müssen. Aber ein Urteil wie es George Jackson erhielt, ein Jahr bis lebenslänglich, genügt, um eine schwarze Bürgerrechtskämpferin auszuschalten. Die Reaktion auf My Lai hat gezeigt, daß es zur Zeit nicht opportun ist, Menschen als einzelne umzubringen. Die Anonymität einer Gefängniszelle tut denselben Dienst und vor der Weltöffentlichkeit erscheint selbst Ronald Reagan als human. Aber niemand sollte sich täuschen, daß es um dasselbe geht: Es sind Feinde — nicht Menschen. Ob niemand merkt, daß eine Gesellschaft unmenschlich ist, in der dies geschieht?

H. W. Bartsch

Engpässe in der griechischen Militärdiktatur

Nach der ersten Pressekonferenz des freigelassenen griechischen Komponisten Mikis Theodorakis in Paris, Mai 1970, haben die fünf bekannten Widerstandsorganisationen: «Demokratische Verteidigung», «Patriotische Front» (EDA), «Panhellenische Befreiungsbewegung» (PAK), «Freie Griechen» (royalistische Offiziere) und «Verteidiger der Freiheit» Verhandlungen zur Gründung einer Dachorganisation des Widerstandes eingeleitet, um Direktiven für ein gezieltes Vorgehen im Kampf gegen die griechische Militärdiktatur zu erlassen. Man hat sich auf den Namen «Nationaler Rat des Widerstands» geeinigt. Jede Widerstandsgruppe, die sich durch aktives Vorgehen gegen das Diktaturregime auszuweisen ver-

* Pigs = Polizisten

mag, kann dieser einigenden Organisation beitreten. Bis jetzt scheint der einzig schwierige Partner Andreas Papandreou, derzeitiger Führer der PAK zu sein. Als Sohn des ehemaligen Ministerpräsidenten Georg Papandreou beansprucht er für sich die alleinige Führung der Zentrumsunion in einer zukünftigen demokratischen Regierung in Griechenland. Dem Vernehmen nach hat sich dieser «Nationale Rat des Widerstandes» konstituiert und scheint zu funktionieren. Aus seiner Mitte könnte eine demokratisch gesinnte Führungsschicht, herkommend aus den verschiedensten politischen Lagern, entstehen. Man denke da etwa an den zu achtzehn Jahren verurteilten Strafrechtsprofessor Mangakis oder den noch auf freiem Fuß lebenden ehemaligen, von der Junta abgesetzten konservativen Ministerpräsidenten Kanellopoulos, der unbeirrbar für die demokratische Rechtsordnung öffentlich eintritt. Die sich häufenden Bombenanschläge zeigen, daß ein organisierter Widerstand am Werk ist. Die Widerstandsorganisation «Demokratische Verteidigung» ließ die ausländischen Korrespondenten wissen, daß amerikanisches Eigentum systematisch angegriffen werde, als Protest gegen die amerikanische Militärhilfe. In einer vervielfältigten Broschüre erklärt die griechische Edition «Exodos» wie und warum im Widerstandskampf planvolles, initiatives, entschlossenes und schnelles Handeln ausschlaggebend sei. Die Gruppe «Kämpferischer Widerstand», die in der Neujahrsnacht verschiedene amerikanische Gebäude angegriffen hatte, zerstörte am 10. März das Verlagshaus der rechtsextremen Abendzeitung «E s t i a» teilweise. Dieses Blatt reiht die «New York Times», Papst Paul VI. und den holländischen Außenminister unter die Kommunisten ein. Am 12. März wurden durch eine Bombenexplosion die Büros der E s s o - P a p p a s - G e s e l l s c h a f t, die eine Monopolstellung in Griechenland einnimmt, praktisch zerstört. Der Amerikaner-Griechen P a p p a s finanzierte die Wahlkampagne für den aus Griechenland stammenden Spiro Agnew zum Vizepräsidenten der USA. Als Zeichen des Widerstandes gegen die militärische Zusammenarbeit der griechischen und libyschen Regierung (Ausbildung libyscher Piloten in Griechenland), die der stellvertretende Ministerpräsident Pattakos nach seiner Rückkehr von Tripolis proklamierte, explodierte am 7. März vor der libyschen Botschaft in Athen eine Bombe. Durch die Aktion «V i s i t e n k a r t e n d e s W i d e r s t a n d s k a m p f e s» wurden zweitausend untergeordnete Kollaborateure der Junta durch die Post gewarnt. Auf der «Visitenkarte» stand geschrieben: «Folgendes geht dich persönlich an. Alle, welche ein Verbrechen gegen die Nation begangen haben und alle, die mit der Junta zusammengearbeitet haben, werden gerichtlich bestraft werden. Alle, welche zur Aufhebung der demokratischen Freiheit beigetragen haben, werden ihres Amtes enthoben». Dieses Manifest wurde verfaßt in Übereinstimmung mit Artikel 12 des Verfassungsentwurfes des oben erwähnten «Nationalen Rates des Widerstandes» und

soll den Unterstützern des Regimes zeigen, wie genau orientiert die Widerstandsorganisation über die Namen und Tätigkeit der Mitläufer der Junta ist. Die Organisation «Demokratische Verteidigung» hat eine Veröffentlichung herausgegeben, in der es unter anderem heißt, die Militärdiktatur könne sich nur durch Waffengewalt und die amerikanische Unterstützung halten. Eine neue Schlacht gegen die griechische Militärdiktatur hat mit einer Gruppe von Intellektuellen begonnen durch das Erscheinen des Buches «N e u e T e x t e» (Herausgeber Rodis Roufos), eine unvergleichlich kühnere Fortsetzung der im Juli vorigen Jahres veröffentlichten «Achtzehn Texte». Gleichzeitig wird die Herausgabe einer monatlich erscheinenden Widerstandszeitschrift angekündigt. Die Beiträge in «Neue Texte» stammen von in Griechenland und im Exil lebenden Schriftstellern, Künstlern, Politikern, Juristen, Publizisten und Soziologen. Das Buch bekundet eine klare antidiktatorische Haltung. Die Autoren bedienen sich der geographischen Verschleierung und einer verschlüsselten Sprache, gespickt mit politischen Gleichnissen. Der aus dem Gefängnis geschmuggelte Beitrag «Mein Griechenland» des Strafrechtsprofessors Mangakis setzt sich mit dem Begriff der Freiheit auseinander. Der Wirtschaftswissenschaftler Pesmazoglou, der 1962 den Assoziierungsvertrag zwischen Griechenland und der EWG ausgehandelt hat, beleuchtet den Aspekt Wirtschaft und Diktatur. Allen gemeinsam ist die Forderung der freien Entfaltung von Geist und Kunst.

Wie kann nach vier Jahren Militärherrschaft der Wirtschaftssektor beurteilt werden? Die Obristen verkünden immer wieder: «Die Drachme ist die stärkste Währung der Welt, und in Griechenland herrscht Ruhe und Ordnung wie nirgends in Europa». Trotz dieser «beruhigenden» Zusicherungen verläuft die griechische Wirtschaft nicht mehr normal, und die Isolierung des Athener Regimes im Ausland nimmt nicht ab. Infolge neuer Anleihen mit hohen Zinsen und kurzer Tilgungsfrist hat die ausländische Verschuldung seit 1968 zugenommen, und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten werden dadurch nur provisorisch gelöst. Die Sperrung der Kredite durch das Ausland nach dem Staatsstreich 1967, das Einfrieren des Assoziierungsabkommens zwischen Griechenland und der EWG (Mai 1967), die Absage einer Anleihe von 67,5 Millionen Dollar unter sehr günstigen Bedingungen von der Europäischen Investitionsbank trugen dazu bei, daß die griechische Wirtschaft in ihrer Entfaltung aufgehalten wurde. Im Februar 1971 beantragte Athen bei der Weltbank eine Anleihe von 67 Millionen Dollar, worauf die zuständigen amerikanischen Finanzkreise der griechischen Regierung die Abwertung der nationalen Währung empfahlen. Ohne günstige Finanzquellen können neue Projekte nicht gewinnbringend für das Land verwirklicht werden. Mit einigen superreichen Investoren wie Pappas, Onassis, Niarchos, die massiv Steuererleichterungen und sonstige Privilegien für sich in Anspruch nehmen, kann keine stabile Wirtschafts- und Finanzlage geschaffen werden.

Überdies fehlt es den Obristen noch an kompetenten Wirtschaftsfachleuten. Eine nicht mehr zu bestreitende Tatsache ist, daß die griechischen Agrarexporte nicht mehr konkurrenzfähig sind. Israel und die Türkei verkaufen die gleichen Produkte zu niedrigeren Preisen an die USA und die EWG-Länder. Trotz aller Propaganda hat der Tourismus nach Griechenland noch nicht den Stand von 1966 erreicht, und trotz der von Jahr zu Jahr zunehmenden Emigration der Griechen gehen die Geldüberweisungen dieser griechischen Arbeitnehmer (250 000 in der BRD) und auch der Seeleute an ihre Angehörigen in Griechenland ständig zurück. Sie legen das verdiente Geld in den Banken der Gastländer an.

Auf der Suche nach Devisenbringern hat das griechische Regime seine Handelsbeziehungen mit osteuropäischen Ländern intensiviert. Zwischen Bulgarien und Griechenland wurde neuestens eine Vereinbarung zum Austausch, wie es heißt, im wirtschaftlichen, industriellen, landwirtschaftlichen, wissenschaftlichen und technischen Bereich getroffen. Auch Ungarn hat mit Griechenland ein langfristiges Handelsabkommen abgeschlossen. Ob das sonst auf Kommunismus hysterisch reagierende griechische Regime seine defizitäre Handelsbilanz, die 1971 für Importe 1700 Millionen Dollar und für Exporte 600 Millionen Dollar aufwies, durch diese «freundnachbarlichen» Beziehungen ins Gleichgewicht bringen kann, scheint fragwürdig.

Beunruhigend für das Athener Regime muß die Veröffentlichung des Berichtes der zwei hohen amerikanischen Beamten Lowenstein und Moose sein, obschon die regierungstreuen Zeitungen diesen verächtlich als ein Produkt von Superdemokraten bezeichneten. Bekanntlich wurden diese zwei Diplomaten im Auftrag von Senator Fulbright, dem Vorsitzenden des Senatsausschusses für außenpolitische Angelegenheiten, auf eine Untersuchungsmission nach Athen entsandt. Der Bericht legt die Gründe dar, warum seit der Wiederaufnahme der vollumfänglichen amerikanischen Militärhilfe an Griechenland im Herbst 1970 keine Fortschritte bezüglich Liberalisierung und Demokratisierung gemacht worden sind. Die zwei Senatoren trafen sich in Athen mit früheren Parlamentsmitgliedern und mit den wichtigsten Vertretern der Opposition, obschon sie ständig von Agenten der Junta beschattet waren. Die zahlreichen befragten griechischen Politiker erklärten alle, daß die jeweiligen Verlautbarungen des amerikanischen Staatsdepartements unrichtig seien. Die beiden Beobachter stellten fest, daß der amerikanische Botschafter Taska einfach die Argumente und Behauptungen der griechischen Obristen an das amerikanische Staatsdepartement weiterleitete. So berichtete er ausgiebig über Freilassung von Gefangenen, von in Kraft getretenen konstitutionellen Rechten, verschwieg aber die gleichzeitig vorgenommenen Verhaftungen und den als Instrument der Einschüchterung gehandhabten Ausnahmezustand. Taska wird als Propagandaanhängerschild der griechischen Machthaber bloßgestellt. Aus dem Bericht

geht hervor, daß Griechenland für die USA aus verschiedenen Gründen ein äußerst wertvoller Verbündeter ist (geographische Lage, militärische Basen, hohes griechisches Militärbudget), daß das griechische Regime von der Unterstützung der USA großen Gewinn zog, und daß Washington keineswegs das Notwendige unternahm, um eine Demokratisierung zu veranlassen. Auf eine kurze Formel gebracht könnte man sagen, das militärische Ziel der amerikanischen Politik in Griechenland ist ein Erfolg, das politische ein Mißerfolg. In einer Senatdebatte sprachen sich kürzlich einundvierzig amerikanische Senatoren für die baldige parlamentarische Wiederherstellung in Griechenland aus. Die gleichen Forderungen stellen die Präsidentschaftskandidaten für die Wahlen von 1972 Muskie, McGovern, ebenso Kennedy. Die Abberufung Taskas kam auch zur Sprache. Griechenland wird für die amerikanische Außenpolitik zu einem ernsthaften Problem.

Helen Kremos

Die DDR mit den Augen eines Lehrers gesehen

Mißtrauisch geworden ob unglaublicher Berichterstattung der Schweizerpresse über die Lebensbedingungen in der DDR, wagte ich es vor mehreren Jahren, selber ins verfeimte Land zu reisen, um mir aus eigener Anschauung ein Bild über Land und Leute und vor allem über das Bildungs- und Erziehungswesen zu machen. Über einen langen Zeitabschnitt besuchte ich die erste Arbeiter- und Bauernrepublik auf deutschem Boden mehrmals und vermochte so die stetige Entwicklung eines kriegsverwüsteten Landes zum modernen, leistungsfähigen Industriestaat gut zu verfolgen. Wegen solcher Studienreisen wurde ich, wie auch andere wahrheitssuchende Kollegen angefeindet und diskriminiert.

Heute sind Besuche dieses sozialistischen Landes salonfähig geworden, führte doch der Verband der Berufsschullehrer im Herbst 1970 eine Studienreise nach D r e s d e n, dem Ausbildungszentrum für Fachlehrer, mit behördlichem Segen und kräftiger Subvention durch. Es gibt eben in der DDR sehr, sehr viel Schönes und Interessantes zu sehen und zu hören und vor allem zu lernen. Manch früherer Todfeind der Republik mußte nun zurückbuchstabieren.

Die Deutsche Demokratische Republik konstituierte sich am 7. Oktober 1949 aus der ehemaligen russischen Besatzungszone. Ich habe das Land von zirka der dreifachen Ausdehnung der Schweiz mit einer rund dreimal größeren Bevölkerungszahl in verschiedenen Richtungen durchquert und mit vielen arbeitsamen und freundlichen Menschen gesprochen und bis heute gute Kontakte unterhalten.